

Nr. 20/205

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zukunft der maritimen Wirtschaft im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 2020
(Drucksache [20/259](#))
2. Mittelstandsförderungsgesetz reformieren – Clearingstelle, Clearingverfahren und Mittelstandsbeirat einrichten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. März 2020
(Drucksache [20/322](#))
3. Silvester Feuerwerke im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/278](#))
4. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem – Sachstand und Ausblick
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/289](#))
5. Wie ist Bremen im Kampf gegen Cyber- und Internetkriminalität aufgestellt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/311](#))
6. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021
(Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))
7. Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. April 2020
(Drucksache [20/356](#))
8. Gleiches Recht für alle – Öffnungsklausel beim Glücksspieländerungsstaatsvertrag auch für Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/310](#))

Nr. 20/206

Meldesystem für Corona-Verdacht

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 23. März 2020
(Drucksache [20/328](#))

Der Antrag ist vom Antragssteller zurückgezogen.

Nr. 20/207

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 8. Juni 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des 1. nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 19. Mai 2020
(Drucksache [20/393](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

2. Bericht zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft
„Arbeitslosengeld II grundsätzlich überarbeiten!“ (aus Drs. [20/193](#))

Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2020
(Drucksache [20/402](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

3. Veränderung in der Besetzung parlamentarischer Gremien

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/416](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

4. Anpassung von Entschädigungsleistungen

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/417](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 20/208

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
und der FDP
vom 12. Mai 2020
(Drucksache [20/383](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt diesen Punkt für den heutigen Tag aus.

Nr. 20/209

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 12. Mai 2020
(Drucksache [20/382](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/210

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des 1. nicht ständigen Ausschusses
vom 4. Juni 2020
(Drucksache [20/421](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des 1. nicht ständigen Ausschusses Kenntnis.

Nr. 20/211

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Licht und Schatten – Auswirkungen des Konjunkturprogramms auf Bremen und Bremerhaven?“

Nr. 20/212

Kurzarbeitergeld sozial gerecht ausgestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 29. Mai 2020
(Drucksache [20/408](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich eine Bundesratsinitiative zu ergreifen mit dem Ziel, die Regelungen zum Kurzarbeitergeld mit folgenden Eckpunkten sozial zu gestalten:

1. Das Kurzarbeitergeld soll für kleine bis mittlere Einkommensbereiche angehoben werden. Wer Vollzeit mit Mindestlohn gearbeitet hat, soll den maximalen Zuschlag erhalten. Dieser Zuschlag sinkt dann mit zunehmendem Einkommen ab. Konkret soll folgende Staffelung für monatliche Nettoeinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung gelten:

Bis 1400,-€	90 Prozent	Kurzarbeitergeld
über 1400,-€ bis 1700,-€	85 Prozent	Kurzarbeitergeld
über 1700,-€ bis 2000,-€	80 Prozent	Kurzarbeitergeld
über 2300,-€ bis 2600,-€	75 Prozent	Kurzarbeitergeld

Nr. 20/215

Bremen und Bremerhaven zu Solar Cities machen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 4. Juni 2020
(Drucksache [20/424](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 9. Juni 2020

(Drucksache [20/438](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen Beteiligungsprozess zu organisieren, der die Solarakteurinnen/Solarakteure aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Institutionen an einen Tisch holt;
2. in Zusammenarbeit mit diesem Kreis ein Landesprogramm Solar Cities Bremen und Bremerhaven zu entwickeln und im Rahmen dessen unter anderem:
 - a) die zentralen und dezentralen Photovoltaik- und Solarwärmepotenziale zur Nutzung vor Ort und zur Einspeisung in Nah- und Fernwärmenetze zu ermitteln und dabei auch den verstärkten Einsatz von Wärmespeichern zu berücksichtigen;
 - b) jeweils Ausbauziele für Fotovoltaik und Solarthermie in Bremen und Bremerhaven bis 2025 und 2030 festzulegen und sich dabei an einer möglichst vollständigen Ausschöpfung der ermittelten Solarpotenziale zu orientieren;
 - c) alle geeigneten öffentlichen Dächer im Bestand sowie alle öffentlichen Neubauten mit Fotovoltaik auszurüsten, wo dies wirtschaftlich rentabel ist, und dazu eine praktikable Standardlösung für Planung, Bau und Betrieb der Anlagen sowie einen Umsetzungsplan mit Zeitvorgaben zu erarbeiten;
 - d) die Vorhaben des Umsetzungsplans möglichst bis 2030 zu realisieren und dabei in dieser Legislaturperiode alle wirtschaftlich rentablen Maßnahmen umzusetzen;
 - e) die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften als Vorreiterinnen/Vorreiter der Solarenergienutzung mit Mieterstrom zu etablieren und entsprechende Modellquartiere zu realisieren, soweit es für Mieterinnen und Mieter von Vorteil ist;
 - f) zu untersuchen und zu klären, wie Unternehmen in Bremen und Bremerhaven – insbesondere die mit großen Hallendächern – für eine verstärkte Nutzung der Fotovoltaik gewonnen werden können;
 - g) weitere Freiflächen-Fotovoltaikanlagen zu realisieren und dafür geeignete Flächen zu identifizieren;
 - h) zu prüfen, inwiefern genehmigungsrechtliche Hürden wie die Mindestabstände auf Reihenhausdächern reduziert werden können;
 - i) zusammen mit dem Netzbetreibern ein vereinfachtes Anmeldeverfahren zum Betrieb von kleinen Fotovoltaikanlagen („Balkonsolaranlagen“) zu realisieren;

- j) die Solarkampagne des Landes Bremen für private und gewerbliche Nutzerinnen und Nutzer mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., energiekonsens und der Verbraucherzentrale Bremen zu stärken, bekannter zu machen und auf weitere Akteurinnen/Akteure auszudehnen;
 - k) Pilotprojekte und Modelle für neue Nutzungen von Solarenergie zu entwickeln und zu fördern, insbesondere zur Überdachung von Parkplätzen und Fahrradstellplätzen mit Fotovoltaikanlagen und zur Einspeisung von Wärme aus Solarthermieanlagen in Nah- und Fernwärmenetze;
 - l) die Sektorenkopplung mittels Elektromobilität und Wärmepumpen sowie Wasserstofflösungen und Stromspeicher zu berücksichtigen;
 - m) Handwerk und Solarwirtschaft zu unterstützen, unter anderem bei der Ausbildung, um den stark beschleunigten Ausbau zu ermöglichen;
3. für die Umsetzung des Landesprogramms ausreichend Personal und Finanzmittel bereitgestellt werden;
 4. die Einrichtung eines Landesprogrammes zur Investitionsförderung für Solaranlagen bei der Bremer Aufbaubank zu prüfen;
 5. sicherzustellen, dass bei allen zukünftigen Neubauten und in einem zweiten Schritt auch im Bestand (so denn die Dachfläche vollständig erneuert wird) alle geeigneten Dachflächen – unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Zumutbarkeit, technischer Möglichkeiten und bestehender öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen – mit Solaranlagen ausgestattet werden und dazu rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen sowie Planungsrecht, städtebauliche Verträge und Erbpachtverträge zu nutzen. Der Senat wird aufgefordert, zur Umsetzung ein entsprechendes Dialogverfahren zu führen;
 6. bei Neubauten des Landes, der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie aller städtischen Gesellschaften verpflichtend Fotovoltaikanlagen zu realisieren, wo dies wirtschaftlich rentabel ist;
 7. zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie mit dem geplanten Landes-Wärmegegesetz eine Pflicht zur Nutzung von Sonnenenergie (durch Solarthermie oder, als Ersatzmaßnahme, Fotovoltaik) für den Bestand realisiert werden kann;
 8. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen insbesondere beim Mieterstrom vereinfacht und verbessert werden, die EEG-Umlage für den Eigenverbrauch im Bereich des Mieterstroms abgeschafft und die räumlichen Begrenzungen im sogenannten unmittelbaren räumlichen Zusammenhang deutlich erweitert werden, damit Projekte im Sinne von regenerativen „Lokalstroms“ ermöglicht werden;
 9. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Ausbaupfad für Fotovoltaikanlagen auf mindestens 10 GW pro Jahr erhöht wird und der Stellenwert von Solarthermie im Gebäudeenergiegesetz erhöht wird;
 10. sich auf Bundesebene im Gewerbesteuerrecht für eine Gleichstellung beim Betrieb von Solaranlagen auf Hausdächern und dem Betrieb von Heizungsanlagen einzusetzen, damit steuerliche Hemmnisse abgebaut werden können;
 11. der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie bis zum Ende der Legislaturperiode jährlich über die Fortschritte zu berichten.

Nr. 20/216

Konferenz zur Zukunft der EU aktiv mitgestalten

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/279](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) Bremen begrüßt die Resolution des Europäischen Parlaments und sagt seine volle Unterstützung für den angedachten Prozess zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) schließt sich der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen (AdR) zur Bedeutung der regionalen Partizipation im Konferenzprozess an.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven, die im Rahmen der Zukunftskonferenz eine Mitwirkung der Bremerinnen/Bremer am Beratungsprozess möglich machen.

Nr. 20/217

Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen

Antrag der Fraktion der CDU
12. November 2019
(Drucksache [20/151](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/218

Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/287](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 20/219

Finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen (Taxiunternehmen, Bringdienste und Honorarkräfte)

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 7. April 2020
(Drucksache [20/346](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/220

Aktionsplan für die Zukunft des Sports im Land Bremen: Breiten- und Leistungssport gemeinsam fördern!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 8. April 2020
(Drucksache [20/350](#))

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
- ein Konzept zur Förderung des Leistungs- und Breitensports zu erarbeiten. Dieses Konzept soll eine mehrjährige Perspektive aufweisen und dabei insbesondere folgende Aspekte weiterentwickeln beziehungsweise neu etablieren:
1. Erhöhung der Zuschüsse zur Übungsleiterinnen- und Übungsleiterpauschale und inflationsgemäße Anpassung in der Folge, sowie die Entwicklung eines Vorschlags zur effizienten und unbürokratischen Verteilung der Mittel;
 2. Konzeptioneller Ausbau und Sicherstellung der finanziellen Mittel zur Förderung von Mädchen und Frauen in allen Bereichen des organisierten Sports bei der Sportförderung;
 3. Unterstützung der Vereine bei den vielfältigen gesellschaftlichen Themenfeldern im Bereich der Inklusion und der Sensibilisierung von Themen von LGBTIQ (Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer);
 4. Unterstützung der Vereine unter Einbezug des Landessportbundes bei der Umsetzung der Fördermöglichkeiten des Bundesprogramms „Bildung und Teilhabe“, um Kindern und Jugendlichen verstärkt die damit finanzierbaren Leistungen zugänglich zu machen. Zudem soll ein Konzept erstellt werden, das sicherstellt, dass Sportlerinnen und Sportler, denen die finanziellen Möglichkeiten für Vereinsbeitrag und Sportmaterial fehlen, beispielsweise durch eine Erweiterung der Förderrichtlinien des Integrationskonzepts für diese Zielgruppe, am Vereinssport teilnehmen können;
 5. Fortführung des bewährten „Trainer - Lehrer - Modells“;
 6. Langfristige Weiterentwicklung der Oberschule Ronzelenstraße zu einer Eliteschule des Sports, dazu gehört auch die Sicherstellung der nötigen Infrastruktur;
 7. Konsequente Fortführung des beschlossenen Konzeptes „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer in Bremen“ (sowie eine kontinuierliche Berichterstattung);
 8. Bereitstellung der Landesmittel zur Co-Finanzierung des Bundesstützpunktes Rhythmische Sportgymnastik in Bremen und Anpassung des Förderturnus der Leistungssportförderung des Bundes an den olympischen Rhythmus;
 9. Organisation einer verbindlichen Kooperationsstruktur zwischen den Ganztagschulen und Sportvereinen, Sportverbänden und offenen Sportangeboten;
 10. Verstärkte Einrichtung von offen zugänglichen Spiel- und Bewegungsangeboten wie Bolzplätze oder Laufstrecken; Diese sollen bei der Erschließung neuer Wohngebiete obligatorischer Teil der Raumplanung sein;
 11. Etablierung einer ressortübergreifenden Arbeitsstruktur zur Erstellung eines priorisierenden Gesamtverzeichnisses der Sanierungsbedürftigkeit aller Sporthallen in kommunalem Besitz sowie die Darstellung des Sanierungsbedarfes der vereinseigenen Sporthallen. Letzteres muss in Kooperation mit dem Landessportbund geschehen. Zudem ist ressortübergreifend eine Lösung für notwendige kleine Reparaturarbeiten (sogenannte „Schönheitsreparaturen“) zu erarbeiten, um Funktionseinschränkungen der Sporthallen schnellstmöglich zu beheben.

- II. Der Bürgerschaft (Landtag) ist das Konzept, das unter Einbezug der Sportverbände in Bremen zu erarbeiten ist, binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung vorzulegen.
- III. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die Notwendigkeit zur Einrichtung eines Studiengangs Sportpädagogik an der Universität Bremen und bittet den Senat um schnellstmögliche Umsetzung.

Nr. 20/221

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020
(Drucksache [20/395](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/222

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 8

vom 5. Juni 2020
(Drucksache [20/425](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/223

Fragestunde

1. Freiwilligendienste während der Corona-Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Gönül Bredehorst, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2020
2. Was wird getan, um würdiges Sterben in Hospizen, auf Palliativstationen und in Pflegeheimen während des Kontaktverbotes zu ermöglichen?
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2020
3. Betroffenheit der Auszubildenden im „Konzern Bremen“ durch die Covid-19-Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2020
4. Mögliche Kontamination mit toxischen Stoffen beim Großbrand in Oslebshausen
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Olaf Zimmer, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 12. Mai 2020
5. Muss die Polizei während einer Demo Videokameras abdecken?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2020
6. Ausbildungslücken für das Jahr 2021 verhindern
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 14. Mai 2020

7. Stufenweise Öffnung der Werkstätten für behinderte Menschen – Regelung der Werkstattentgelte für Beschäftigte
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Mai 2020
 8. Streichung der Investitionsmittel für Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen, die Löhne nicht nach Tarif (TV-PfliB) zahlen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Mai 2020
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Beschaffung von Schutzausrüstungen im Ausland
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (AfD) vom 15. Mai 2020
 10. Information über persönliche Testergebnisse auf COVID 19
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 15. Mai 2020
 11. Auswirkungen von Kurzarbeit auf die spätere Rentenhöhe
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 15. Mai 2020
 12. Verbraucherschutz auch in Zeiten von Corona sicherstellen
Anfrage der Abgeordneten Dorothea Fensak, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2020
 13. Bearbeitung von BAföG-Anliegen für Bremer Studierende
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Mai 2020
 14. Digitale Integrationskurse für Geflüchtete
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 20. Mai 2020
 15. Keine Übernahme von Storno-Kosten für Klassenfahrten von Schulen in freier Trägerschaft?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Yvonne Averwenser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Mai 2020
 16. Nutzung stationärer Bremer Hospiz- und Palliativangebote durch schwer erkrankte Menschen aus Niedersachsen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Mai 2020
 17. Anträge auf Erstattung des Lohnersatzes wegen Kita- und Schulschließung
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Mai 2020
 18. Notbetreuung für Kinder in schwierigen familiären Situationen und für Kinder, für die der Besuch einer Einrichtung der Kindertagesbetreuung oder die Kindertagespflege zur Sicherung des Kindeswohls angeordnet ist
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Mai 2020
 19. Zugang von Wohnungslosen zu Sanitäranlagen und Unterkünften
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Mai 2020

20. Umgang mit Corona bedingten Ausfällen von Prüfungen und deren Konsequenzen für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Mai 2020

21. Änderung der Geschlechtsangabe nach § 45b Personenstandsgesetz

Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juni 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/224

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 12. Mai 2020

(Drucksache [20/382](#))

Dazu

Änderungsantrag des Abgeordneten Thomas Jürgewitz (AfD)

vom 11. Juni 2020

(Drucksache [20/442](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Nr. 20/225

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 12. Mai 2020

(Drucksache [20/383](#))

Dazu

Änderungsantrag des Abgeordneten Thomas Jürgewitz (AfD)

vom 11. Juni 2020

(Drucksache [20/443](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/226

Reguläre Beschäftigung für Geflüchtete aufenthaltsrechtlich sichern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 12. Mai 2020

(Drucksache [20/386](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, durch einen Erlass dafür Sorge zu tragen, dass bei Personen mit nur kurzfristiger Duldung, die absehbar eine Beschäftigung aufnehmen oder bereits ausüben,
 - a) alle rechtlichen Möglichkeiten für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, wie zum Beispiel nach § 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz, ausgeschöpft werden oder, soweit dies nicht in Frage kommt;
 - b) anderenfalls die Erteilung einer längerfristigen Ermessensduldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz zum Zweck der sukzessiven Erlangung der Voraussetzungen zur Erteilung einer Beschäftigungsduldung nach § 60d AufenthG geprüft wird;
 - c) bei Geduldeten, die nach dem 1. August 2018 ins Bundesgebiet eingereist sind, die Erteilung einer Ermessensduldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses geprüft wird, wenn und solange ihnen keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/227

Konsumgüter langlebiger und haltbarer herstellen, Vermeidung von „Sollbruchstellen“ und bessere Reparaturfähigkeit – Verbraucher- und Umweltschutz vor Ort praktisch machen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. April 2020
(Drucksache [20/353](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Maßnahmen zu ergreifen, um die Nachhaltigkeit von Konsumgütern zu erhöhen. Er wird insbesondere aufgefordert, sich auf Bundes- und auf EU-Ebene für gesetzliche Änderungen einzusetzen, die
 - a) dem vorzeitigen Verschleiß und der verkürzten Lebensdauer von Produkten entgegenwirken,
 - b) die Reparaturfähigkeit von Produkten sicherstellen und erhöhen,
 - c) die Austauschbarkeit von Verschleißteilen in Produkten sichern und dadurch Produzentinnen und Produzenten von Konsumgütern zur Nachhaltigkeit verpflichten,
 - d) die Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher bezüglich Wiederbeschaffung von Einzel- und Ersatzteilen, Haltbarkeit, Verschleiß und Reparierfähigkeit der einzelnen Produkte erhöhen,
 - e) die Gewährleistungsfrist schrittweise erhöhen und die Beweislastumkehr für die gesamte Gewährleistungsfrist verankern;
2. Maßnahmen zu ergreifen, um auf lokaler Ebene Strukturen weiterzuentwickeln und zu festigen, die die Reparatur von Konsumgütern erleichtern oder die Gebrauchsdauer von Produkten durch Weitergabe oder Ausleihe verlängern, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Bürgerhäuser, der Internethäuser des Landes Bremen und seiner Gemeinden oder durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik;
3. binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten darüber, wie bei Anschaffungen der öffentlichen Hand in Bremen und Bremerhaven alle Aspekte von Nachhaltigkeit, insbesondere bezüglich der Langlebigkeit von Produkten, berücksichtigt werden.

Nr. 20/228

Wie wandelt sich Bildung in Zeiten von Corona?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 28. April 2020
(Drucksache [20/367](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020

(Drucksache [20/433](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/229

Bildungserfolg trotz Corona-Pandemie sichern – zusätzliche schulische Angebote schaffen, Kompensation aufgelaufener Lernrückstände ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Mai 2020
(Drucksache [20/400](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/230

Aus der Not eine Tugend machen und endlich im 21. Jahrhundert ankommen – „Home-Schooling“ unter Nutzung digitaler Medien optimieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Juni 2020
(Drucksache [20/410](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/231

Erster Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. Medienänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 21. April 2020
(Drucksache [20/358](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/232

Rentenbenachteiligung jüdischer Zuwanderinnen/Zuwanderer beenden

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD,
DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/426](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene schnellstmöglich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung zügig geeignete Maßnahmen ergreift, um die Alterssicherung jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer (ehemalig sogenannte Kontingentflüchtlinge) zu verbessern. Dabei sollten folgende Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, wobei sicherzustellen ist, dass die Maßnahmen aus Steuermitteln finanziert werden:

1. Bis zum Ende des Jahres 2020 muss der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Härtefallfond für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer eingerichtet und die notwendigen Sozialversicherungsabkommen mit den betroffenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion vereinbart werden, um einen rückwirkenden Ausgleich über Alterssicherungsleistungen zu erzielen.
2. Ergänzend oder bei nicht Umsetzung der unter Beschlusspunkt 1 genannten Maßnahmen erfolgt eine rentenrechtliche Gleichstellung der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (nach § 4 Bundesvertriebenengesetz) und eine entsprechende Änderung des Fremdrentengesetzes.

Nr. 20/233

Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes – Verpflichtend für die gesamte Bevölkerung

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 21. April 2020
(Drucksache [20/355](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/234

Frauen und Kinder noch besser vor Gewalt schützen! - Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ mit dem Bund aushandeln

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. Mai 2020
(Drucksache [20/376](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/235

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Mit einem neuen „Bremer Erlass“ aufenthaltsrechtliche Sicherheit für junge Geflüchtete während Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/374](#))
2. Digitale Möglichkeiten für Beratungs- und Hilfsangebote ausweiten – Menschen vor häuslicher und sexueller Gewalt in der Krise und danach noch besser schützen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. Mai 2020
(Drucksache [20/377](#))

3. Mögliche Asbest-Kontamination von Einsatzkräften durch Großbrand in den Bremer Industriehäfen
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 26. Mai 2020
(Drucksache [20/407](#))
4. Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/317](#))
5. Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/275](#))
6. Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!
Bericht und Dringlichkeitsantrag des Rechtsausschusses
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/415](#))
7. Das Wahlrecht für Obdachlose stärken
Prüfungsauftrag der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Dezember 2019
Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/418](#))
8. Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/419](#))
9. Politischem Extremismus entschieden entgegentreten – Bremen darf keine Hochburg des Linksextremismus bleiben!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. Juni 2020
(Drucksache [20/423](#))
10. Tracing-App nur bürgerrechtskonform, freiwillig und für die Dauer der Corona-Pandemie
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 10. Juni 2020
(Drucksache [20/441](#))